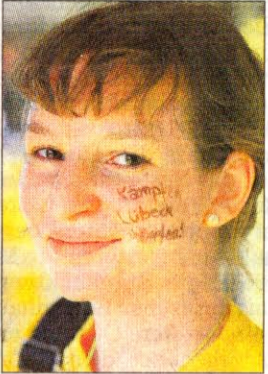


Michael Drefahl (28) studiert Medizinische Informatik im achten Semester. „Die Landesregierung hat keinen Plan, wie die Hochschullandschaft in Zukunft aussehen soll.“



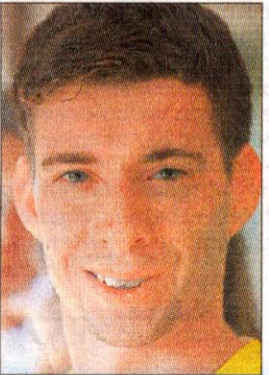
Maria Wramp (21) studiert Medizin im vierten Semester. „Für mich ist es fraglich, ob ich hier zu Ende studieren kann. Die guten Professoren werden jetzt schon abgeworben.“



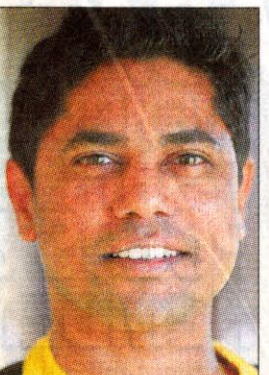
Olaf Isken (37) forscht und lehrt in der Virologie. „Ich habe vorher sieben Jahre in den USA gearbeitet. Ich wäre nicht für jede Stelle zurückgekommen. Jetzt würde ich ungern weggehen.“



Doris Mutschall (50) ist Technische Assistentin im Institut für Biochemie. „Ich demonstriere mit, weil ich meinen Arbeitsplatz erhalten will. Gut, dass Lübeck hinter uns steht.“



Philipp Lenor (21) studiert im vierten Semester Medizin. „In Lübeck stehen fünf Studenten um einen Anatomie-Tisch. An anderen Unis sind es acht oder zehn.“



Santosh Goud (32) aus Bangalore (Indien) macht seinen Doktor in Biochemie. „Für meinen Lebenslauf ist es großartig, wenn da steht, dass ich in Lübeck promoviert habe.“



Ernstes Gesicht, erhobener Zeigefinger: Über eine Stunde lang erläutert Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) im Landtag seinen Sparkurs.

Reaktionen

„Eine ganze Region kämpft“

„Das war deutlich – die gelb-schwarze Landesregierung hat den Protest gegen ihre Kahlschlagspolitik, gegen die Schließung des Studiengangs Medizin in Lübeck und gegen die Privatisierung des UKSh in beeindruckender Weise durchgeführt bekommen. Diese Politik (...) gefährdet die Medizintechnik in der ganzen Region und die hohe Qualität der medizinischen Versorgung! Eine Politik, die Widerstand hervorruft! Lübeck – eine ganze Region – kämpft!“

Lübeck's SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch, Hans Müller, Thomas Rother

„Die von der Landesregierung geplante Schließung der Medizinausbildung in Lübeck ist kurzfristig aus finanziellen Gründen vielleicht verständlich, langfristig für die Gesundheitsversorgung gerade der ländlichen Regionen jedoch sehr gefährlich. Zusätzliche Studienplätze in Kiel werden diese Lücke nicht schließen können, da gerade die wohnortnahen Stellen für die in Lübeck etablierten Jungmediziner attraktiv sind.“

Die Geschäftsführungen der Krankenhäuser Rotes Kreuz Lübeck, Curschmann Klinik Timmendorfer Strand, DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg, Schön Klinik Neustadt und Asklepios Klinik Bad Oldesloe.

„Niemand kann sagen, dass die Arbeit der schwarz-gelben Koalition in Kiel nur aus Fehlschlägen bestünde. Sie hat es geschafft, dass mit den heutigen Demonstrationen ein neuer Rekord in der Geschichte schleswig-holsteinischer Kundgebungen erreicht wurde.“

Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Henning Höppner, bildungspolitischer Sprecher

„Ich hoffe, dass die Landesregierung jetzt begreift, dass das nicht geht. Was sie macht, kann ich nicht verstehen. Ich demonstriere das erste Mal in Kiel. Denn ich weiß, was der Beschluss für Lübeck bedeutet. Die Uni ist ein Motor für die Stadt. Wir brauchen so etwas, sonst kommen wir nicht aus dem Sumpf.“

Ex-Ministerpräsident Björn Engholm (SPD)

„Das beeindruckt mich nicht. Es geht um die Argumente. Das Argument ‚Alles bleibt beim alten‘ überzeugt mich nicht. Wir schließen die Uni nicht.“

Christan von Boetticher, Fraktionschef der CDU.

Carstensens Mahnung: Zinsen fressen die Zukunft auf

In einer Regierungserklärung hat Ministerpräsident Peter Harry Carstensen dem Landtag zu erklären versucht, warum sein rigoroser Sparkurs fürs Land alternativlos ist.

Er steht da, scheinbar wie ein Koloss, den nichts umwerfen kann. Wirkt gelassen, was er nicht mehr sein kann. Was er wohl auch längst nicht mehr ist. Regierungserklärung. 70 Minuten lang. Fast 20 Minuten länger als es seine Redezeit im Protokoll vorsieht.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, wiederholt gebetsmühlenartig, was er seit Wochen predigt. Die Medien haben es seit Wochen kommuniziert. Die Stimmung vor allem in Lübeck brodelte. Aber der Kieler Landtag hat das Sparkonzept der Regierungskoalition noch nicht gehört. Dort sitzen die Abgeordneten, die darüber zu entscheiden haben.

Das Land braucht einen rigorosen Sparkurs, einen, den es in seiner Geschichte noch nicht erlebt hat. „Alternativlos“, wie Carstensen sagt. „Niemand kann dauerhaft mehr Geld ausgeben als er einnimmt“, erklärt der Regierungschef, das sei das kleine Einmaleins von Schwarz-Gelb an der Förde. Er redet wie später auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki von einer Erblast, die von den Schultern künftiger Generationen genommen werden muss. „Mit jedem dritten eingenommenen Euro zahlen wir für die Lasten der Vergangenheit. Die Zinsen fressen die Zukunft unseres Landes auf.“ So weit, so bekannt. Und nun? „Wir haben die echte Chance, Schleswig-Hol-

stein wieder auf Kurs zu bringen. Diese Chance dürfen wir nicht verspielen.“

Carstensen geht Punkt für Punkt die Vorschläge durch, die eine Haushaltsstrukturkommission erarbeitet hat. Carstensen spricht ruhig, lässt Zwischenfragen nicht zu. Zwischenfragen bedeuten Ablenkung.

Erst als er die geplante Schließung des Medizinstudiengangs an der Uni Lübeck anspricht, kommt Leben in die Bude. Tumulte, Zwischenrufe, Landtagspräsident Tors-

ten Geerdts mahnt zur Ruhe. Zwei Parlamentarierinnen der Linken „entblättern“ sich. Im gelben Protest-Shirt mit der Aufschrift „Ich kämpfe für die Uni Lübeck“ stehen sie auf, solche Kundgebungen sind im Hohen Haus nicht erlaubt. „Ich bitte Sie, die T-Shirts auszuziehen, oder ich muss Sie des Saales verweisen“, mahnt der Landtagspräsident. Die zwei Linken gehorchen.

Nicht einmal fünf Minuten geht Carstensen auf die beabsichtigte Schließung des Me-

dizin-Studiengangs in Lübeck ein. „Lehre und Forschung bleiben Schwerpunkt der Landesregierung“, verspricht er, und: „Durch einzelne tiefgreifende Einsparungen soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden.“ Schließlich der Trost: „Lübeck ist stark in Medizintechnik und Naturwissenschaften.“ Noch bevor die Großdemo draußen vor der Tür startet, sagt er: „Für den Uni-Standort Lübeck sollten nicht vorschnell Schreckgespenster an die Wand gemalt werden.“ Seit Monaten sei seine Landesregierung in Gesprächen mit dem Bund. Übersetzt heißt das: Der Bund soll kompensieren, was das Land durch Steuerentlastungen an Einnahmen verloren hat.

Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) schafft seine Antwort in 45 Minuten, echauffiert, in hohem Rede-

tempo, bissig wie gewohnt. Eine „Möchtegern-Regierungserklärung“ sei das, spottet die Linke später über ihn.

Stegner wirft Carstensen Wahlbetrug, fehlende Führung und schließlich Kalthertzigkeit vor. Das sogenannte Konsolidierungsprogramm der Regierung habe keinen „politischen Kompass“, biete einen Zickzackkurs, verstärke die Krise. Befremdlich sei, dass die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission ein zu eins übernommen worden seien – ohne nötigen Sachverstand hinzuzuziehen. „Wir werden unter unseren Möglichkeiten regiert“, sagt Stegner. Der SPD-Politiker ergreift für die Uni Lübeck Partei. „Jeder weiß, dass das Ende des Medizinstudiums in Lübeck das Ende der Universität ist. Es geht nicht mehr um die Frage, ob der Tod eintritt, sondern wann.“ CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher nennt das später „wortgewaltigen Lärm mit immer denselben Phrasen“ – das sei ein Armutszeugnis fürs Parlament.

Heinz-Werner Jezewski (Linke) befürchtet, dass die Schließung des Medizinstudiengangs in Lübeck „Auswirkungen auf die gesamte Region haben und Zehntausende Arbeitsplätze kosten wird“. Anke Spoorendonk (SSW) bedauert die Haltung von Schwarz-Gelb angesichts landesweiten Protests. „Die Landesregierung hält sich wie ein Kleinkind die Ohren zu.“



Nachdenklich: Finanzminister Rainer Wiegard.



Gedankenaustausch: Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) und Monika Heinold (Grüne). Fotos (3): DPA

Aus Studenten werden Forscher: Rettet der Bund Lübeck's Uni?

VON ARNOLD PETERSEN

BERLIN – Hoffnungsschimmer für Lübeck: Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) sucht nach einem Weg, das Medizinstudium in der Hansestadt mit Geld aus ihrem Haushalt zu erhalten. „Wir prüfen Möglichkeiten einer Hilfe. Verfassungsrechtlich ist das aber schwierig“, hieß es aus ihrem Haus. Das Problem: Hochschullehre ist Ländersache. Der Bund darf die Finanzierung nicht übernehmen, er ist nur für Forschung zuständig.

Deshalb wird unter anderem die Ausgliederung der Lübecker Arztausbildung geprüft. Die Fakultät, so die Überlegung, wird zur Forschungseinrichtung mit Ausbildungszweig umgewidmet. Dann wird sie dem Forschungszentrum Borstel zugeordnet, das unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft arbeitet. Schließlich werden beide zusammen der „Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren“ zugeschoben. Die größte deutsche Wissenschaftsorganisation mit einem Jahresbudget

von drei Milliarden Euro wird zu 90 Prozent aus Bundesmitteln finanziert. Die Länder tragen lediglich zehn Prozent.

Berliner und Kieler Kreise bestätigten den LN diese Überlegung. Auf den Tisch kam sie nach diesen Angaben am Montag beim Treffen von Schavan mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) und dem Kieler FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki in Berlin. Schavans Ministerium selbst nannte keine Details. Nach LN-Informationen wur-

de gestern Nachmittag die schwierige Materie im Ministerium beraten.

„Es gibt eine große Chance, dass wir das hinbekommen“, sagte dagegen ein mit dem Vorgang vertrauter Politiker den LN. Der Verschiebe-Mechanismus berührt allerdings die komplizierte Bund-Länder-Arbeitsteilung und die Unabhängigkeit der Forschungsgemeinschaften Leibniz und Helmholtz. Diese förderten die Spitzenforschung und entschieden selbst über ihren Verbund, erläuterte ein Insider. Fakultäten hätten bisher

nicht dazu gehört. Man könne nicht Studierende in Forscher umwidmen.

Die von Kiel favorisierte und nun geprüfte weitgehende Kostenübernahme des Lübecker Medizinstudiums durch den Bund hängt offenbar zusammen mit dem Ja Schleswig-Holsteins zum Anfang des Jahres in Kraft getretenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es enthielt unter anderem den Mehrwertsteuer-Rabatt für die Ho-

telbranche. Carstensen und Kubicki hatten damals mit Ablehnung im Bundesrat gedroht, sollte es keinen finanziellen Ausgleich geben. Beim Adventskaffee im Kanzleramt hatten damals Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und



Annette Schavan (CDU).

Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP) den beiden Landespolitikern entgegenkommen signalisiert. Daran, so heißt es in Berlin, hätten die Landespolitiker jetzt erinnert.